
1915/A(E) XXV. GP

Eingebracht am 23.11.2016

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Matthias Strolz, Kollegin und Kollegen betreffend Standortkonzepte für Integrationsmaßnahmen

Gesetze, Verordnungen und Erlässe bestimmen den Schulalltag in Österreich. Die bürokratische Gängelung im österreichischen Schulsystem ist umfassend und oftmals kontraproduktiv.

Gerade für die aktuellen Herausforderungen im Bereich der Integration sollten die einzelnen Schulstandorte aber darin bestärkt werden, schulautonom jeweils maßgeschneiderte Projekte und Maßnahmen zu erarbeiten. Dafür sollte eine eigene Anreizfinanzierung geschaffen werden, die direkt von Schulen beantragt werden kann. Dafür muss, in enger Abstimmung mit dem SGA, ein standortspezifisches Konzept inklusive Projektplan und Meilensteinen definiert werden. Es ist davon auszugehen, dass bei vielen Standorten derartige Konzepte ohnehin bereits vorhanden und gelebte Realität sind. Mit dieser Maßnahme, würde diese Entwicklung weiter befeuert und strukturiert werden. Für die Evaluation und das Qualitätsmanagement wäre der Bund zuständig. Etablierte Konzepte könnten sodann auf einer Plattform für Schulentwicklung anderen Schulstandorten zur Verfügung gestellt werden. Damit kann auch die Kooperation unter den Schulen gestärkt werden.

So können adäquate Antworten auf die Herausforderungen im Bereich der Integration, unter Mitwirkung der direkt Betroffenen, vor Ort von unten wachsen und weiterentwickelt werden. Damit schaffen wir eine Chance auf mehr Freiheit, Eigenverantwortung und Selbstermächtigung in unserem Schulsystem, sowie ein Erprobungs- und Lernfeld für echte Schulautonomie.

Dieser Antrag ist im Rahmen des „Barcamp Bildung“ in Wien am 04.10.2016 in Zusammenarbeit mit direkt betroffenen Schüler_innen, Eltern und Lehrer_innen entstanden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, ehestmöglich alle notwendigen Schritte einzuleiten, um schulstandortspezifische Antworten auf die Herausforderungen im Bereich der Integration zu ermöglichen, zu verstärken und zu strukturieren. Dazu soll

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

eine Anreizfinanzierung geschaffen werden, die direkt an die beteiligte Schule – nach Einreichung eines adäquaten Projektplans – ausgeschüttet wird. Dieser Projektplan ist in enger Abstimmung mit dem SGA, dem Schulerhalter und der Gemeinde zu erarbeiten. Die Evaluation und das Qualitätsmanagement ist dabei Aufgabe des Bundesministeriums für Bildung. Etablierte und evaluierte Projekte sollen sodann auf einer noch zu schaffenden (Internet)Plattform auch anderen Schulstandorten zur Verfügung gestellt und weiterentwickelt werden."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuss vorgeschlagen.